

Balkonsicht auf Gräber unerwünscht

Riehen hat aus Pietätsgründen beim Bauprojekt neben dem Hörnli-Friedhof interveniert



Häuser statt Feld. Der Blick auf den Friedhof Hörnli gleich neben den Neubauten soll nicht direkt von einem Balkon möglich sein. Fotos Mischa Hauswirth

Von Mischa Hauswirth

Grenzach-Wyhlen. Lange war es eine Brachfläche. Es wuchsen Mengen von Kanadischer Goldrute darauf, Birken und Weiden besiedelten das Landstück entlang der Südflanke des Friedhofs Hörnli – bis vor rund einem Monat die Rodungsmaschinen und Bagger auffuhren. Sie fällten Bäume, räumten ein paar Gartenhütten beim Bahndamm ab und rasierten die gesamte Vegetation auf der Fläche weg. «Mit dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit der Gundelfinger Stuckert Wohnbau AG hat der Gemeinderat den Weg für die Erschliessung des Neubaugebietes Hornacker frei gemacht. Ab September 2018 sollen die ersten Bewohner einziehen können», berichtete die *Badische Zeitung*.

Auf dem rund 21 000 Quadratmeter grossen Areal auf deutschem Staatsgebiet, gleich an der Schweizer Grenze, sollen 48 Reihen- und Doppelhäuser in Häuserzeilen entstehen. Insgesamt werden 83 Wohnungen gebaut. Geplant sind zudem 160 Carportstellplätze sowie 56 oberirdische Parkplätze. Die Mehrfamilienhäuser werden allesamt Attikageschosse und ein Sattel- oder Pultdach erhalten. Entlang des Bahndamms im Süden des Areals, gegenüber einem deutschen Discounter, wird eine

Lärmschutzwand hochgezogen. Im Keller eines der Mehrfamilienhäuser werde ein Blockheizkraftwerk errichtet, schreiben die Bauverantwortlichen. In den kommenden Wochen wird der Baustart sein.

Konform mit Baurecht

Zu reden gab im Vorfeld die Ausrichtung der Balkone. Da einige Gebäude ganz nahe am Friedhof stehen werden, kamen Befürchtungen auf, dass sich Trauernde und Friedhofsbesucher in ihrer Trauer und Diskretion gestört fühlen könnten. Deshalb suchte die Gemeinde Riehen das Gespräch mit Grenzach-Wyhlen, welche die Rahmenbedingungen für den Bau vorgibt. Die Gemeinde Riehen wollte im Vorfeld die Pietätsfrage geklärt wissen. «Wir konnten bewirken, dass die Gebäudehöhen abgetauscht wurden. Dort, wo die Bauten näher am Friedhof zu stehen kommen, wird es zweigeschossige Häuser geben, dort, wo sie weiter weg sind, gibt es dreigeschossige», sagt Kathrin Kézdi, Mediensprecherin der Gemeinde Riehen. Zudem werde ein Heckenstreifen unmittelbar an der Schweizer Grenze gepflanzt. Damit sei eine verträgliche Lösung gefunden.

In Grenzach-Wyhlen sei die Pietätsfrage zwar diskutiert worden, aber die Ausgangslage für unbedenklich befunden

worden, sagt Hermann Rappé vom Bauamt Grenzach-Wyhlen. Gemäss deutschem Baurecht müsse ein Mindestabstand von 25 Metern bis zum ersten Grab gewährleistet sein. «Das Recht wird eingehalten», sagt Rappé. Zudem habe es bereits auf dem Friedhofsgebiet Büsche und Bäume, die einen gewissen Sichtschutz bieten würden.

Balkone gegen Süden

Für die Immobilienfirma Stuckert Wohnbau AG ist die Aufregung um die Balkone unbegründet. «Es gibt kein Gebäude, das den Balkon Richtung Friedhof haben wird», sagt Aribert Frece von Stuckert Wohnbau und widerspricht der Gemeinde Riehen. «Das war von uns aber auch nie so geplant, da muss ein Missverständnis vorliegen», sagt er.

Die Balkone der Gebäude würden alle gegen Süden ausgerichtet, sagt Frece. Zumindest in der ersten Reihe. Es werde in der zweiten Reihe allenfalls einzelne Gebäude geben, deren Balkone möglicherweise anders ausgerichtet sein werden. Es sei aber in der Logik des Bauens immer so, dass Wohnzimmer, Terrassen und Balkone wenn möglich Richtung Süden konzipiert würden. «Der Grund ist das reduzierte Licht im Winter», sagt Frece. Er verspricht eine grundsätzlich lockere

Bebauung des Landstreifens. Gegen Süden befindet sich der Bahndamm mit dem Geleise dahinter, dann kommt ein deutscher Discounter und danach der Rhein – vom Hornacker wird sich ein offener Blick Richtung Schweiz und die Jurahöhen dahinter öffnen.

Preise sollen erschwinglich sein

Die Geschichte der geplanten Bauprojekte auf dem Gelände neben dem Hirtenweg in Riehen reicht Jahrzehnte zurück. Der erste Bebauungsplan wurde in den 1970er-Jahren vergeben, aber nie realisiert, und der neuere hatte die Basler Pensionskasse Stiftung Abendrot erhalten, die dort einst Deutschlands grösste Solarsiedlung hatte errichten wollen. Sie musste das ehrgeizige Vorhaben dann allerdings aufgeben. Die Firma Stuckert AG hat nun diesen neueren Bebauungsplan übernommen, jedoch mit einem anderen Siedlungskonzept als die Basler Stiftung.

Gemäss der *Badischen Zeitung* sollen die Gebäude und Wohnungen auch für Durchschnittsverdiener erschwinglich sein. Die Reihenhäuser könnten «deutlich unter 390 000 Euro kosten». Zwischen 300 und 350 Personen sollen künftig auf dem Hornacker neben dem Friedhof leben. Die gesamte Erschliessung erfolgt über Deutschland.

Steuererklärung vereinfachen

Rentner sollen entlastet werden

Basel. Die LDP will für Rentner eine Vereinfachung bei der Steuerdeklaration, wie die Partei in einer Mitteilung schreibt. Anstatt jedes Jahr eine Steuererklärung ausfüllen zu müssen, sollen Rentner von dieser Pflicht entbunden werden. Allerdings sollen davon nur Rentnerinnen und Rentner profitieren, deren Vermögensverhältnisse gleich bleiben. «Eine einfache Mitteilung an die Steuerbehörde, in welcher zum Ausdruck kommt, dass sich nichts verändert hat, würde genügen», schreibt Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein in einer Interpellation an die Regierung.

Das vereinfachte Prozedere würde älteren Leuten eine Entlastung bringen, da diese sich mit dem Ausfüllen der Steuererklärung oft schwertäten. Rentnern, bei deren Einkommen oder Vermögen sich gegenüber dem Vorjahr Veränderungen ergeben hätten, müssten aber weiterhin eine Steuererklärung ausfüllen. In den Kantonen Aargau und Basel-Landschaft sind derartige Vorstösse bereits eingereicht. mar

Nachrichten

Zwei Jugendliche im St. Jakob angegriffen

Basel. Zwei Unbekannte haben gemäss der Staatsanwaltschaft am Freitag um 1.15 Uhr einen 18- und einen 20-jährigen Jugendlichen bei der Tramhaltestelle St. Jakob angegriffen. Die Unbekannten hätten die beiden angesprochen und dann unvermittelt auf sie eingeschlagen. Der 18-Jährige erhielt mehrere Fusstritte gegen den Kopf. Die Täter, schätzungsweise in demselben Alter, flüchteten in Richtung Auf dem Wolf. Gesucht werden ein südländischer Typ mit brauner Hautfarbe sowie ein Mann mit kurzem Haar und mittlerer Statur.

GLP nennt SP-Vorschlag Taugenichts

Basel. Die Sozialdemokraten wollen Hausbesetzungen legalisieren. Die Rechte der Eigentümer, die Räumung einer besetzten Liegenschaft durch die Polizei zu verlangen, sollen eingeschränkt werden. Wie die Grünliberalen in einer Mitteilung schreiben, lehnen sie dieses Modell ab, weil es «rein praktisch nichts taugt». Die Eigentumsrechte der Hausbesitzer seien zu respektieren, Hausbesetzungen könnten nicht auf Druck legalisiert werden.

BL-Pensionskasse will zwei Wohnungen räumen

Basel. Gemäss Mieterverband Basel droht die Basellandschaftliche Pensionskasse die Wohnungen von zwei langjährigen Mieterinnen am Burgweg zu räumen. Dies, obschon die Mieterinnen per 28. April ausziehen würden und bis dahin ihre Mietzinsen beglichen hätten. Der Mieterverband spricht in einer Medienmitteilung von rechtlichen Fehlern. Der Eigentümer würde im Falle einer Räumung Hausfriedensbruch begehen.

Panzergranate nahe Riehen entschärft

Lörrach. Nahe der Schweizer Grenze hat eine Spezialeinheit aus Stuttgart am Donnerstagabend einen Blindgänger einer Panzergranate aus dem Zweiten Weltkrieg entschärft. Wie das Polizeipräsidium Freiburg mitteilte, habe ein Anwohner des Lörracher Ortsteils Haagen die Bombe entdeckt und gemeldet.

Ueberwasser will FCB-Gräber auf Hörnli

Basel. SVP-Grossrat Heinrich Ueberwasser fordert in einem Vorstoss von der Regierung, dass sie Fans des FC Basel auf dem Friedhof Hörnli ein eigenes Gräberfeld widme. Die Grabanlage für verstorbene Aktive oder Fans des FCB soll «pietätvoll» in die Umgebung des Friedhofs eingepasst werden und mit dezenten FCB-Elementen versehen werden.

Gebildet

Hochschule für Soziale Arbeit

Basel. In der Offenen Kirche Elisabethen konnten 38 Studierende der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW ihr Bachelor-Diplom entgegennehmen.

Ahmet Aydin, Claudia Maria Bättig, Philippe Baumann, Salome Bay, Laura Bertschmann, Céline Anna Bloch, Lukas Burla, Jelena Cvijetic, Adrian Delwel, Monika Fiechter, Mirjam Frey, Caroline Grieder, Leonie Haefelfinger, Sabrina Henke, Katharina Herrmann, Raphael Hirschi, Norma Jacob, Jolan Joray, Katharina Knöpfli, Judith Anna Kummer, Lorenz Kuttler, Thomas Musy, Anna-Tabea Obrist, Naomi Ozeri, Sarah Pflugi Baumann, Sina Plinke, Dilan Polat, Florio Reber, Iris Daniela Reif, April Rippberger, Tania Rodrigues, Andrea Maria Roth, Maja Rudic, Rahel Sägesser, Silvan Schaffner, Christine Seyer, Sarah Siegrist, Gilles Sutter.

www.fhnw.ch/sozialearbeit

Glückwunsch

Diamantene Hochzeit

Basel. Morgen Sonntag begehen die Eheleute **Marie** und **Peter Jordi-Meyer** ihren 60. Hochzeitstag. Zu diesem Anlass gratulieren wir beiden herzlich und wünschen ihnen alles Gute für die gemeinsame Zukunft. gratulationen@baz.ch

Vorfinanzierung des Bahnprojekts ist nicht vor 2020 möglich

S-Bahn-Herzstück braucht ein grundsätzliches Ja in Bern

Von Urs Rist

Basel. Ein «starkes Signal an den Bund» sei die Bereitschaft des Kantons Basel-Stadt, das Herzstück der trinationalen S-Bahn vorzufinanzieren. Deshalb begrüsst der Regierungsrat die Motion, die ihm der Grosse Rat im Januar ohne Gegenstimme zur Stellungnahme überwiesen hat. Er sollte damit beauftragt werden, dem Grossen Rat bis Ende 2017 einen Ratschlag für die Vorfinanzierung der Investitionskosten vorzulegen. Der Regierungsrat hatte sich schon 2016 für Verhandlungen über die Vorfinanzierung der Durchmesserlinie ausgesprochen. Die Motion, die von der Regio-Kommission sowie der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission eingereicht wurde, fordert die Aufnahme der Verhandlungen.

Nun liegt die Stellungnahme des Regierungsrats vor, und sie zeigt neben dem Bekenntnis zum Ausbau der Regio-S-Bahn auch die Voraussetzungen auf. «Das Herzstück ist das zwingend erforderliche Bauwerk, ohne das ein effizientes trinacionales S-Bahn-Angebot nicht realisiert werden kann», ist der Regierungsrat überzeugt. Aber gemäss dem Eisenbahngesetz können «nur Projekte vorfinanziert werden, denen das eidgenössische Parlament grundsätzlich zugestimmt hat». Die unterirdische Verbindung zwischen dem Bahnhof Basel SBB und dem Badischen Bahnhof

müsse zuerst in der Botschaft zum Ausbauschritt 2030/35 für Bahninfrastrukturen als sinnvoll und förderungswürdig beurteilt werden, und die eidgenössischen Räte müssten dem zustimmen.

Regeln sollen flexibler werden

Der Vernehmlassungsentwurf für den Ausbauschritt 2030/35 werde im Herbst dieses Jahres veröffentlicht. «Das Bundesparlament», so der Regierungsrat, genauer der Nationalrat und der Ständerat, würden die Botschaft zum Ausbauschritt wohl 2019 oder 2020 verabschieden. Bis dahin sei eine wichtige Voraussetzung für eine Vorfinanzierung «noch nicht gegeben».

Deshalb beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat nun, ihm die Motion «zur Erfüllung innert vier Jahren bis 2020 zu überweisen». Falls eine Vorfinanzierung dann noch erforderlich sei, werde der Regierungsrat darüber etwa 2020 eine Vereinbarung mit dem Bund abschliessen. Wenn das Herzstück aber mit seinen Gesamtkosten auch für die Zulaufstrecken in den Ausbauschritt 2030/35 aufgenommen werde, so erübrige sich die Vorfinanzierung, meint der Regierungsrat.

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) des Ständerats will neuerdings aber die Regeln für die Vorfinanzierung von Bahnprojekten aufweichen, wie die *Basellandschaftliche Zeitung* berichtete. Der Bundesrat

soll in einem Bericht die Möglichkeiten für die Vorfinanzierung von Bahnprojekten aufzeigen. Der Baselbieter Ständerat und KVF-Vizepräsident Claude Janiak (SP) möchte eine raschere Realisierung des Herzstücks ermöglichen.

Derzeit werde im Rahmen des Vorprojekts an der Optimierung der Tunnelverbindung unter der Innenstadt und der Option eines Tunnels von Basel Mitte bis Bahnhof St. Johann gearbeitet, schreibt der Regierungsrat weiter. In diesem Frühjahr werde dem Bundesamt für Verkehr ein Bericht über die Untersuchungen und Empfehlungen zum weiteren Vorgehen unterbreitet. «Die Grössenordnung der Baukosten von rund 1,5 bis zwei Milliarden Franken konnte bestätigt werden», wobei dies nur für das Herzstück selbst gelte. Der Ausbau des trinationalen S-Bahn-Systems mit den verschiedenen Zulaufstrecken benötige Investitionen von zwischen drei und fünf Milliarden Franken, wozu auch ausländische Investitionen gehören.

Für das Vorprojekt haben die Parlamente der Kantone Basel-Stadt und Baselland 2014 insgesamt 29,3 Millionen Franken bewilligt. Damit seien die Arbeiten am Vorprojekt gesichert, das etwa 2019/2020 vorliegen werde, erklärt der Regierungsrat. Diese finanziellen Mittel seien «als erste Vorfinanzierungsleistung für dieses Generationenprojekt anzusehen».